

Das Verhör der Rorschacher Mädchen

Eine Mädchenklasse empörte sich beim damaligen Bundesrat Eduard von Steiger – und wurde wie in einer Diktatur verhört

Es war ein Brief der Mädchensekundarschule 2c aus Rorschach, der in Bern die Nerven blanklegte. Justizminister Eduard von Steiger ordnete ein Verhör an. Und entlarvte sich.

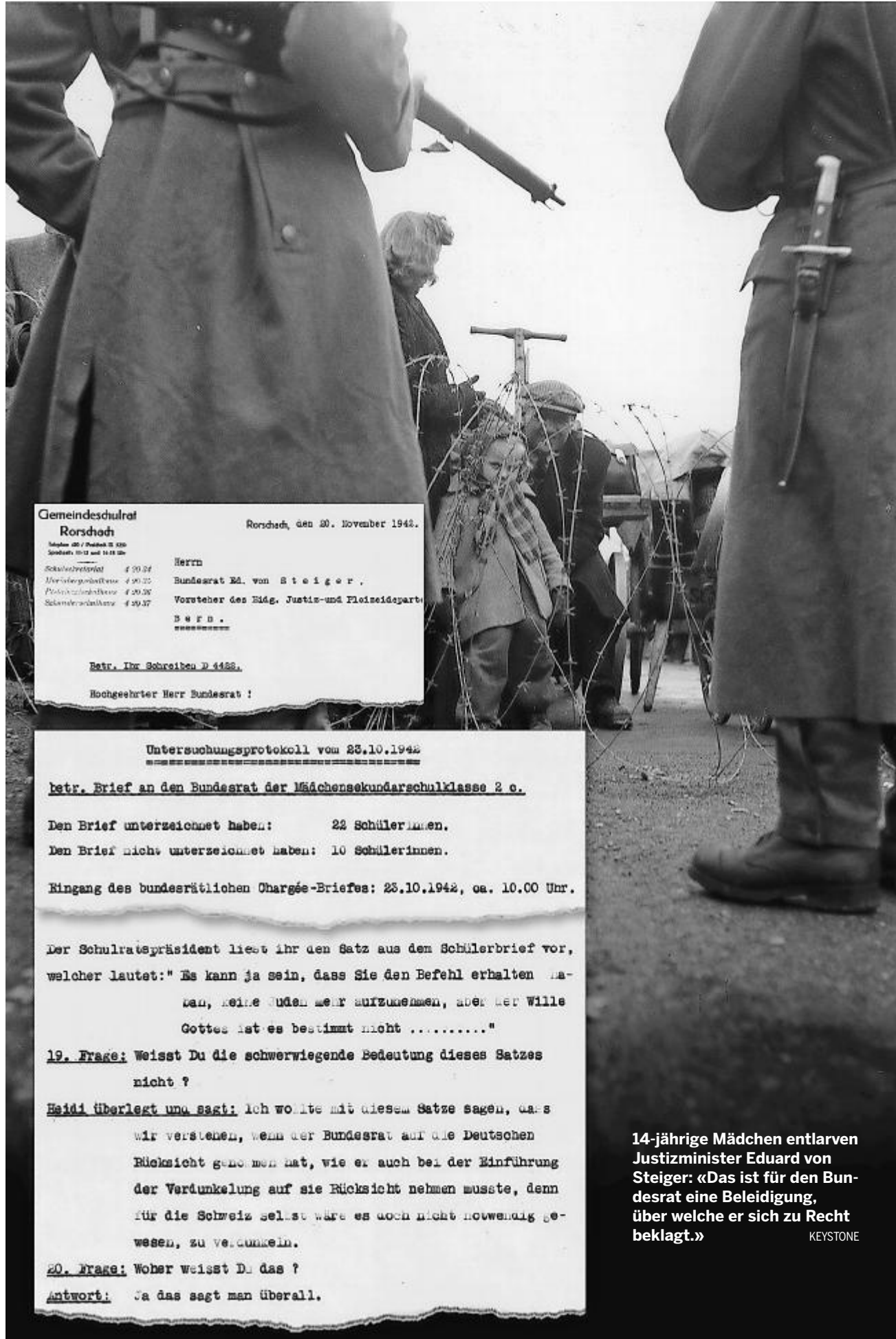
VON ALAN CASSIDY
UND OTHMAR VON MATT

Das Fazit der Historiker ist klar: Die Bundesbehörden hatten bereits 1941 Kenntnis von den systematischen Massentötungen der Juden in Europa. Doch nicht nur die offizielle Schweiz, sondern auch die Zivilbevölkerung wusste schon früh Bescheid darüber, was sich in Deutschland und in den besetzten Gebieten abspielte. Trotz Zensur berichteten die Schweizer Zeitungen ab Sommer 1942 regelmässig über die Erlebnisse der Flüchtlinge, welche die Schweizer Grenze erreichten. Einen besonders erschütternden Bericht veröffentlichte die Basler «National-Zeitung» im September 1942 – der Verleger und FDP-Ständerat Ernst Löpfle druckte ihn kurz darauf auch in seinem «Ostschweizer Tagblatt» nach.

Unter dem Titel «So geht es zu an unseres Landes-Grenze» schilderte der Berichterstatter, wie sich eine Gruppe belgischer Juden mit einer Flucht in die Schweiz vor der Deportation nach Polen rettete. Nachdem sie ein ungenanntes Westschweizer Dorf erreicht hatten, wurde die geschwächte Familie trotz Protesten der Bevölkerung vom lokalen Gendarmen wieder zur Grenze geschickt und «ausgesetzt», wie der Korrespondent notierte: «Und nun, da sie sich nach qualvollen Wochen gerettet glaubten, diese fürchterliche Enttäuschung»

ES WAR DIESER ARTIKEL, der eine Mädchenschulklasse aus Rorschach SG dazu bewog, sich in einem Brief an Bundesrat Eduard von Steiger zu wenden, den Vorsteher des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements. In ihrem Schreiben kritisierten die 14-jährigen Mädchen die Flüchtlingspolitik der Schweiz scharf: «Wir können es nicht unterlassen Ihnen mitzuteilen, dass wir in den Schulen aufs Höchste empört sind, dass man die Flüchtlinge so herzlich wieder in das Elend zurückstösst.» Nie hätten sie sich träumen lassen, dass die Friedensinsel Schweiz «diese zitternden, frierenden Jammergestalten wie Tiere über die Grenze wirft».

Es könne ja sein, schrieben die Mädchen dem Bundesrat, «dass Sie den Befehl erhalten haben, keine Juden aufzunehmen, aber der Wille Gottes ist es bestimmt nicht». Der Brief schloss mit der Bitte um die «Aufnahme dieser ärmsten



14-jährige Mädchen entlarven Justizminister Eduard von Steiger: «Das ist für den Bundesrat eine Beleidigung, über welche er sich zu Recht beklagt.»

KEYSTONE

Heimatlosen» und einem Gruss voller «Hochachtung und vaterländischer Verbundenheit».

MIT DEM SCHREIBEN trafen die 14-jährigen Mädchen einen Nerv. Justizminister Eduard von Steiger persönlich ordnete ein Verhör der 22 Schülerinnen an, die den Brief unterschrieben hatten. Zehn Mädchen unterzeichneten ihn nicht. Die Untersuchung fand am 23. Oktober 1942 statt und dauerte zweieinhalb Stunden. Auszüge aus dem Verhör, das der Schulratspräsident führte:

Frage: «Steht nichts im Brief, was eine Beleidigung für den Bundesrat sein könnte?»

Antwort von Heidi: «Nein, ich glaube nicht. Und der Bundesrat wird wohl noch mehr solche Briefe bekommen haben.»

Frage: «Ihr wolltet ihm also doch Vorwürfe machen?»

Antwort: «Nein, nein. (...) Ja warum, hat denn der Bundesrat sich etwa beklagt?»

Antwort des Verhörers: «Ja, es ist eine Beschwerde eingegangen (...)»

Der Schulratspräsident liest ihr den Satz aus dem Schülerbrief vor: «Es kann ja sein, dass Sie den Befehl erhalten haben, keine Juden mehr aufzunehmen, aber der Wille Gottes ist es bestimmt nicht ...»

Frage: Weisst Du die schwerwiegende Bedeutung dieses Satzes nicht?

Heidi überlegt und sagt: «Ich wollte mit diesem Satze sagen, dass wir verstehen, wenn der Bundesrat auf die Deutschen Rücksicht genommen hat, wie er auch bei der Einführung der Verdunkelung auf sie Rücksicht nehmen musste, denn für die Schweiz selbst wäre es doch nicht notwendig gewesen, zu verdunkeln.»

Frage: «Woher weisst Du das?»

Antwort: «Ja das sagt man überall.»

Der Schulratspräsident sagt zu Heidi: «Dann will ich Dir sagen, was dieser Satz bedeutet: Der Bundesrat hätte auf ausländischen Druck hin den Flüchtlingsstrom abgestoppt. Das heisst, der Bundesrat sei nicht mehr eigener Herr und Meister, er könne nicht mehr tun, was er für richtig finde, er sei nicht mehr frei, sondern er müsse tun, was die Deutschen ihm vorschreiben. Das ist für den Bundesrat eine Beleidigung, über welche er sich mit Recht beklagt. Das ist ein starkes Stück, dass da ein paar junge, unerfahrene Mädchen, die kaum wissen, was überhaupt für das Leben notwendig ist, glauben, dem Bundesrat in Bern Lehren erteilen zu müssen (...)»

NACH DEM VERHÖR werden die Mädchen zu Stillschweigen verpflichtet. Und der Gemeindegemeinschaft informierte den «hochgeehrten Herr Bundesrat» schriftlich persönlich über die Untersuchung.

Nur Pascal Couchepin übte Kritik – indem er lobte

Bundespräsident Ueli Maurer steht nicht allein da: Kein Bundespräsident kritisierte die Schweizer Flüchtlingspolitik am Holocaust-Gedenktag offen

VON OTHMAR VON MATT

Der Tag stehe zur Erinnerung an «fürchterliche Verbrechen und unfassbares Leid», schrieb Bundespräsident Ueli Maurer am 27. Januar zum Internationalen Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocausts. Dann wurde Maurer persönlich. Er habe am 10. Oktober 2010 die Yad-Vaschem-Gedenkstätte in Jerusalem besucht. Er habe eine Gedenkflamme entzündet, einen Blumenkranz niedergelegt und ins Ehrenbuch des Museums die Worte geschrieben: «Nie wieder!»

Im selben Text dankte Maurer aber auch der Schweizer Generation «mutiger Frauen und Männer» jener Zeit: «Unser Volk hat damals trotz immensem Druck des Auslands die Kraft gefunden, den eigenen, unabhängigen Weg fortzusetzen. So wurde die Schweiz für viele Bedrohte

und Verfolgte zur rettenden Insel.» Der Schweizerische Israelitische Gemeindebund (SIG) und die «Plattform der Liberalen Juden der Schweiz» (PLJS) bedauerten in einer Erklärung, dass der Bundespräsident am Holocaust-Gedenktag die Schweiz in einem einseitigen, nur positiven Licht darstelle. «Der Bundespräsident lässt die Schwächen und Irrtümer der Politik der Schweiz während des Zweiten Weltkrieges ausser Acht.»

EINE ANALYSE DER GEDENKTEXTE der Schweizer Bundespräsidenten seit 2006, als der Holocaust-Tag erstmals stattfand, zeigt jedoch: Kein Bundespräsident kritisierte bisher die Rolle der Schweizer Flüchtlingspolitik in seinen Gedenktexen zum Holocaust-Tag offen und direkt.

Den eindrucklichsten Holocaust-Gedenktex zur Rolle der Schweiz im



Pascal Couchepin war Bundespräsident im Jahr 2008.

KEYSTONE

Zweiten Weltkrieg schrieb Pascal Couchepin als Bundespräsident von 2008. Er übte indirekt Kritik, via Lob. «Dieser Tag ist auch Anlass, der Schweizer Bürgerinnen und Bürger zu gedenken, die an diesem entsetzlichen Tiefpunkt der Geschichte (...) es wagten, das zu tun, was ganz einfach getan werden musste, nämlich den Verfolgten zu helfen. Diese Frauen und Männer tragen den Titel «Gerechte unter den Völkern». Sie haben (...) Menschlichkeit bewiesen. Sie liessen sich von ihrem Gewissen leiten und gingen unbeirrt ihren Weg.» Und er folgerte: «Sie zeigen uns, dass der Triumph des Bösen nicht unabwendbar ist, solange es Frauen und Männer gibt, die sich nicht von Opportunismus leiten lassen, sondern ihr Handeln an ethischen Werten messen, und dies auch bei Lebensgefahr.»

2005 hatte der damalige Bundespräsident Samuel Schmid am 60. Jahrestag zur Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz vor Ort teilgenommen. Dort äusserte sich Schmid zur Aussage von Israel Singer, dem Präsidenten des Jüdischen Weltkongresses, die Neutralität sei angesichts des Holocausts ein Verbrechen gewesen. Schmid wies dies scharf zurück.

DIE ANDEREN BUNDESPRÄSIDENTEN betonten, das «Unfassbare» müsse der Jugend an den Schulen vermittelt werden (Leuenberger 2006, Calmy-Rey 2007, Hans-Rudolf Merz 2009, Eveline Widmer-Schlumpf 2012), wandten sich gegen die Leugnung (Calmy-Rey 2011) und betonten die «Werte, Würde, Menschlichkeit» jedes einzelnen Mitbürgers (Doris Leuthard, 2010).